

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Gandhi-Partei verlor

Bei zwei von drei Parlamentswahlen in indischen Unionsstaaten haben sich die Linksparteien gegen die Kongresspartei von Ministerpräsident Gandhi durchgesetzt. In Kerala kamen die Linken nach fünfjähriger Unterbrechung wieder an die Macht, in Westbengalen siegten sie zum drittenmal hintereinander. Nur in Kaschmir zeichnete sich ein klarer Sieg der Kongresspartei ab.

Bestrafung in Moskau

Die sowjetischen Justizbehörden haben dem Generalstaatsanwalt Rekunkow zufolge im vergangenen Jahr rund 200 000 Behördenmitarbeiter wegen rechtswidrigen Verhaltens bestraft, sehen aber noch ein weites Tätigkeitsfeld vor sich.

Treffen in der DDR

Offiziere der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee der DDR haben sich zum ersten Mal im Rahmen eines Manövers von Truppen des Warschauer Paktes getroffen.

IRA als Bombenlegerin

«Relativ sicher» sind deutsche Sicherheitsbehörden, dass die verbotene Untergrundorganisation Irisch-Republikanische Armee (IRA) die Bombe am Montagabend vor einer Offiziersmesse der britischen Rheinarmee in Rheindahlen gezündet hat.

Pakistaner sagt über Waffenaffäre aus

Bridgeport/Connecticut (AP) Der Pakistaner Arif Durrani, der angeklagt ist, aus den USA illegal Waffen exportiert zu haben, hat in der Nacht zum Mittwoch ausgesagt, er habe die Lieferung von Teilen für Hawk-Raketen an Iran mit dem ehemaligen Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrates Oliver North besprochen. Vor einem Gericht in Bridgeport (US-Staat Connecticut) erklärte Durrani zu seiner Verteidigung, er und der mittlerweile aus dem Sicherheitsrat entlassene North hätten Kodewörter benutzt, als sie im September letzten Jahres in London über die Waffenlieferungen gesprochen hätten. Der Angeklagte sagte, er habe North erklärt, er werde Schwierigkeiten mit der Exportgenehmigung haben. Darauf habe North geantwortet: «Machen Sie sich darüber keine Sorgen. Besorgen sie nur diese Teile.»

1000 Westeuropäer als Tschernobyl-Krebsopfer?

London (AP) Süddeutschland, Griechenland und Norditalien sind einer Studie der britischen Strahlenschutzbehörde zufolge die am stärksten von den Spätfolgen des Reaktorunfalls von Tschernobyl betroffenen Gebiete. In der am Mittwoch veröffentlichten Studie heisst es, von den rund 30 Millionen Westeuropäern, die vermutlich in den nächsten 50 Jahren an Krebs sterben werden, würden voraussichtlich etwa 1.000 wegen Tschernobyl erkranken.

Wir machen seit 1975 Forderungen zu Bargeld



ANSTALT FÜR INKASSODIENSTE

Vaduz, Heiligkreuz 44, Tel. 2.99.44

Über 22.000 Inkasso-Aufträge erfolgreich abgeschlossen

Hochqualifizierte Arbeitsplätze erhalten als Ziel

Presseorientierung über «Die Ostschweiz und Liechtenstein – ein starkes wirtschaftliches Zentrum»

Der ostschweizerische Wirtschaftsraum, zu dem aufgrund des schweizerisch-liechtensteinischen Zollvertrages auch das Fürstentum Liechtenstein gerechnet wird, gilt in der übrigen Schweiz – zu Unrecht – als etwas unterentwickelt. Um dieses Bild zu korrigieren, wurden Wirtschaftsjournalisten zu einer zweitägigen Pressefahrt eingeladen, damit sie sich selbst von der Leistungsfähigkeit und Diversifikation der Wirtschaft in diesem Raum überzeugen konnten. In Vaduz wurde das Unternehmen «Ritter & Partner Holding AG» vorgestellt und Regierungschef Hans Brunhart sprach zum Thema «Liechtenstein im schweizerischen Wirtschaftsraum».

Unter dem Motto «Die Ostschweiz und Liechtenstein – ein starkes wirtschaftliches Zentrum» präsentierten sich in zwei Tagen vier bedeutende Unternehmen der Region mit recht verschiedenen Unternehmenszielsetzungen sowie die Ingenieurschule Neu-Technikum Buchs den Pressevertretern aus der Schweiz, Süddeutschland, Österreich und Liechtenstein. Die Wirtschaftsregion Ostschweiz und Liechtenstein zeigte sich dabei als ein Raum, der trotz fehlender Städte und grosser Agglomerationen eine bedeutende wirtschaftliche Rolle spielt.

Von der Energietechnik zur Dienstleistungsgruppe

Die in Vilters angesiedelte Elco-Gruppe gehört zu den führenden Unternehmen Europas im Bereich der Energietechnik. Nach der Besichtigung dieses leistungsfähigen Unternehmens, das mit der Firma Schekolin in Benden auch in unserem Land ein Zweigunternehmen besitzt, konnte bei der SFS Stadler AG in Heerbrugg anspruchsvolle Technologie im Bereich der Metallverarbeitung angesehen werden, während den Abschluss der in-

dustriellen Unternehmen die Model AG in Weinfelden mit ihren leistungsfähigen Verpackungssystemen bildete. Dazwischen hatten die Vertreter der Wirtschaftspresse die Gelegenheit, mit Ritter & Partner Holding AG in Vaduz eine Dienstleistungsgruppe kennenzulernen und sich im Neu-Technikum Buchs die Nachwuchsausbildung für Ingenieure anzuschauen.

Erfolg für Ingenieur-Ausbildung

An den verschiedenen Stationen standen jeweils kompetente Gesprächspartner zur Verfügung. Der St. Galler Regierungsrat und Präsident des Technikrates, Ernst Rüsch, erklärte im Neu-Technikum Buchs, mit der Gründung der Ingenieurschulen im Kanton St. Gallen sei es gelungen, die Abwanderung junger, begabter Leute aus der Ostschweiz

Gesundheitslage von Pertini lebensbedrohend

Rom (spk/dpa) In Italien breitete sich am Mittwoch zunehmend Sorge um den Gesundheitszustand des früheren Staatspräsidenten Sandro Pertini aus. Die behandelnden Ärzte teilten in Rom mit, dass sie den 90jährigen am Donnerstag mit einem Herzschrittmacher versehen wollen.

Pertini war am Montag in die Intensivstation eines Krankenhauses gebracht worden, nachdem er bei der Trauerfeier für den Terroristen ermordeten Luftwaffengeneral Licio Giorgieri zusammengebrochen war. Zunächst hiess es, der Schwächeanfall sei vorübergehend. Inzwischen wird der Zustand des herzkranken Patienten als lebensbedrohend bezeichnet.

und Liechtenstein zu bremsen. Ungefähr drei Viertel der NTB-Absolventen arbeiteten heute im Gebiet der Trägerschaft St.Gallen – Graubünden – Liechtenstein. Und in diesem Trägeregebiet des NTB seien dadurch verschiedene Klein- und Mittelbetriebe neutechnischer Richtung entstanden.

NTB-Direktor Josef Braun führte in bezug auf die Ausbildung aus, das NTB wolle durch die spezifische Ausbildung den Unternehmen des schweizerisch-liechtensteinischen Wirtschaftsraumes Ingenieure zur Verfügung stellen, die in der Lage seien, anwendungsorientiert die Ergebnisse aus Forschung und Wissenschaft umzusetzen.

Liberale Wirtschaftspolitik

Regierungschef Hans Brunhart, der zum Thema «Liechtenstein im schweizerischen Wirtschaftsraum» sprach, erklärte nach Erläuterungen über die Vertragsverhältnisse zwischen den beiden Staaten, die liberale Wirtschaftspolitik, die von Liechtenstein bisher verfolgt worden sei, werde fortgesetzt. Der Staat habe über das Steuerrecht ein Instrument, das wirtschaftsfreundlich ausgestaltet werde, so dass sich entsprechende Investitionen der Wirtschaft lohnten. Sonst jedoch verfüge der Kleinstaat Liechtenstein über keine Mittel, um Wirtschaftsförderung zu betreiben – eine Exportförderung wie in anderen Staaten oder andere Hilfestellungen würden den Rahmen der kleinstaatlichen Verhältnisse sprengen. Die industrielle Wirtschaft unseres Landes bezeichnete Brunhart als sehr diversifiziert, was nicht zuletzt mitgeholfen habe, wirtschaftliche Einbrüche in der Vergangenheit aufzufangen. Das Ziel der liechtensteinischen Wirtschaftspolitik ist, so seine Zusammenfassung, die Erhaltung hochqualifizierter Arbeitsplätze. (G.M.)

Der Briefmarkenhandel wird inskünftig zur Kasse gebeten

WUST-Pflicht für Markensammler – Praxis der Steuerverwaltung war rechtswidrig

Keine gute Nachricht für Briefmarkenhändler und Sammler. Denn inskünftig werden auch Briefmarkenhändler den Bestimmungen des Bundesbeschlusses über die Warenumsatzsteuer (WUSTB) unterworfen. Die zweite öffentlichrechtliche Abteilung des Schweizerischen Bundesgerichtes hat die bisherige Praxis der Eidg. Steuerverwaltung, die Umsätze von Markenhändlern von der Warenumsatzsteuer zu befreien, als gesetzeswidrig erklärt. Da Liechtenstein bei der Verrechnung der Warenumsatzsteuer als Inland gilt, schlagen die bundesgerichtlichen Beschlüsse voll auf unseren Briefmarkenhandel durch. Der Entscheid des Gerichtes kommt allgemein zu einem sehr ungünstigen Zeitpunkt, wenn man bedenkt, dass der Briefmarkenhandel in der Schweiz und auch in Liechtenstein seit längerem von einer auffallend rückläufigen Tendenz erfasst ist.

Die Eidgenössische Steuerverwaltung

hatte bisher auf Umsätzen, die aus dem Handel mit Briefmarken erzielt worden waren, generell auf die Warenumsatzsteuer verzichtet. Die Steuerverwaltung begründet diese Praxis mit «erhebungs-technischen Schwierigkeiten» und der sich daraus ergebenden Rechtsungleichheiten zwischen den einzelnen Briefmarkenhändlern.

Nach Artikel 17 des WUST-Beschlusses sind amtliche Postwertzeichen solange von der Qualifikation als warenumsatzsteuerpflichtige Waren ausgenommen, als sie noch als solche – das heisst als normale Briefmarken – gehandelt werden. Erfüllt jedoch ein Briefmarkenhändler die Voraussetzungen der gesetzlichen Vorschriften und handelt er mit Marken, die nicht mehr zur üblichen Taxierung von Postsendungen verwendet werden, ist er als steuerpflichtiger Grossist im Register der Warenumsatz-Steuerpflichtigen einzutragen.

Die Auffassung der Eidg. Steuerverwaltung, dass wegen erhebungstechnischen Schwierigkeiten auf die WUST aus dem Briemarkenhandel zu verzichten sei, erachtet das Bundesgericht als nicht zulässig. Die Praxis, so das Gericht, finde weder im Bundesbeschluss selbst, noch in einem allgemeinen Rechtsgrundsatz eine Stütze. Insbesondere könne die Steuerverwaltung nicht aus Gründen der Praktikabilität vom Erfordernis der Gesetzmässigkeit abweichen. Aufgrund des klaren Wortlautes von Artikel 17 Wustbestimmungen sind laut Bundesgericht die aus dem Handel mit Briefmarken zu Sammelzwecken erzielten Umsätze deshalb als warenumsatzsteuerpflichtig anzusehen.

Im Klartext heisst das, dass künftig beim Handel mit Briefmarken die WUST von 9,3 Prozent aufgerechnet wird. Damit wird das ohnehin schleppende Briefmarkengeschäft zusätzlich verteuert. (ho)

In fünf Jahren 8743 neue Personenwagen

Neue Autos nach Herstellerländern

In den fünf Jahren von 1982 bis 1986 wurden in Liechtenstein jährlich etwa 1750 neue Personenwagen zum Verkehr zugelassen. Die Hälfte aller Fahrzeuge wurde in der Bundesrepublik Deutschland hergestellt. Der zweithäufigste Anteil entfällt auf Japan, woher jedes vierte Auto stammt, und an dritter Stelle unter den Produzentenländern steht Frankreich mit jeder 10. Neuzulassung, wie das Amt für Volkswirtschaft in seiner jüngsten statistischen Erhebung über Personenwagen nach Herstellerländern festhält.

Von 1982 bis 1986 wurden in Liechtenstein insgesamt 8743 neue Personenwagen in Verkehr gesetzt. Das entspricht 61,6 % des durchschnittlichen Autobestandes in diesen Jahren, so dass der heimische PW-Bestand im Mittel in gut acht Jahren vollständig erneuert wird.

Die Anteile, welche auf die einzelnen Herstellerländer entfallen, haben sich über den betrachteten Zeitraum nicht wesentlich verändert. Die Rangfolge der Häufigkeit blieb jedenfalls gleich: an erster Stelle mit über der Hälfte der neuen Personenwagen steht das Herstellerland Bundesrepublik Deutschland (51,5 %), gefolgt von Japan mit 26,2 % und von Frankreich an dritter Stelle mit 10,3 %. Italien steht als Autoproduzent für die liechtensteinischen Käufer an vierter Stelle mit dem immer noch nennenswerten Anteil von 7,4 %, während Schweden (1,6 %) und Grossbritannien (1,0 %) schon weit geringere Quoten aufweisen. In den folgenden Rängen mit Anteilen unter einem Prozent liegen die USA mit 0,4 % und Spanien mit 0,2 % (allerdings wurden spanische Marken erstmals ab 1986 hier abgesetzt). Schliesslich entfällt auf alle übrigen Herstellerländer ein Anteil von 1,4 % im vergangenen Jahr.

Hu zeigte sich wieder in der Öffentlichkeit

Peking (AP) Der im Januar als Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas abgelöste Hu Yaobang ist am Mittwoch bei der Eröffnung des Tagung des Nationalen Volkskongresses in Peking erstmals wieder öffentlich in Erscheinung getreten. Der 71jährige Hu sass als eines der 157 Mitglieder des Präsidiums auf der Bühne der Grossen Halle des Volkes, während Ministerpräsident Zhao Ziyang die 16tägige Zusammenkunft mit einem Aufruf zu weiteren Wirtschaftsreformen einleitete. Zhao kündigte für das Jahr 1987 zugleich Ausgabenkürzungen und Abstriche bei Bauvorhaben an.

Als zweitwichtigstes Ziel nannte der Regierungschef die Auseinandersetzung mit «bürgerlicher Liberalisierung». Er wandte sich vor den 2.719 anwesenden Delegierten gegen Bestrebungen, Verwestlichung und Kapitalismus über den Sozialismus zu erheben.

Wirtschaft:

Der Denner-Chef kontrolliert Usego

Zürich (AP) Denner-Chef Karl Schwenker hat sein Schweigen zur Übernahme der Usego-Detailhandelskette gebrochen. Wie er an der Denner-Bilanzpressekonferenz vom Mittwoch in Zürich sagte, kontrolliert er drei Fünftel des Grundkapitals der Usego-Trimerco Holding AG. Schwenker liess keinen Zweifel daran, dass er aus dieser Position heraus die Usego-Führung zur Aufgabe ihrer Abwehrstrategie zwingen will. Das Geschäftsjahr 1986 des Denner-Konzerns wurde als »Jubiläumjahr« charakterisiert.

Schweiz:

Bundesrat erhöht AIDS-Kredit

Bern (AP) Der Bundesrat will den Kampf gegen die Immunschwächekrankheit Aids massiv verstärken und ist gewillt, auch drastische Massnahmen gegen die Seuche zu ergreifen. In diesem Sinne stockte er am Mittwoch den für die Vorbereitung und die Information vorgesehenen Kredit massiv auf 11,8 Millionen Franken auf. Dieser Betrag soll in den nächsten Jahren auf über 13 Millionen erhöht werden. Über allfällige Forschungskredite wird an einer der nächsten Sitzungen entschieden.

Fussball-Cup:

USV zweiter Halbfinalist

Im Liechtensteiner Fussball-Cup 1986/87 stehen seit Dienstagabend zwei Halbfinalisten fest. Der USV Eschen/Mauren setzte sich im «Unterland Derby» in Ruggell mit 2:1 Toren durch und qualifizierte sich für die Runde der letzten vier. Bereits am Samstag hatte sich der FC Balzers mit einem mühsamen 3:1-Erfolg (nach Verlängerung) beim Viertligisten Triesen durchgesetzt. Ausstehend sind noch die Viertelfinalpartien Balzers II – Vaduz I (1. April) und USV II – Vaduz II (2. April).

Wilkhahn

THONY office

9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16